Nr. 315 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 28. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefzuschläge für Buchführungsanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.10, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. **Einzelnummer 30 Pf.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Retter in der Not

England Bankier und Rohstofflieferant Mitteleuropas

-ch- London, 23. Dezember. (Eig. Bericht)

Unabhängig von den Brüsseler Vorgängen bereitet das britische Handelsamt eine europäische Bankorganisation vor, die den Zweck haben soll, an zahlungsfähige Firmen und Fabriken in Mitteleuropa englische Erzeugnisse bzw. Rohstoffe abgeben zu können. Das Handelsamt einigte sich mit dem Finanzdepartement über die Festlegung von Garantiebeträgen, die von den englischen Fabrikanten bis zu einer gewissen Höhe beansprucht werden können, falls diese Lieferanten einen Teil ihrer Guthaben bei Abschluß der Geschäfte einziehen wollen.

In den wichtigsten Handelsstädten Mitteleuropas sollen nach dem Plane des britischen Handelsamtes Bankniederlassungen eingerichtet werden, die unter der Aufsicht der Londoner Regierungsstelle stehen. Gleichzeitig bereitet man die Organisierung eines Tauschhandelsverkehrs vor, um die Valuten der notleidenden mitteleuropäischen Staaten zu festigen.

Ganz besonders richten sich die Bestrebungen des britischen Handelsamtes auf eine Förderung der deutsch-österreichischen Industrien und Ausbeutung der dortigen Rohstoffe. Die Beteiligung Englands an der internationalen Anleihe an Deutsch-Oesterreich wird davon abhängig gemacht, daß wichtige Zweige der deutsch-österreichischen Produktion unter englische Aufsicht gelangen.

Das englische Handelsamt tritt für die Durchführung des Planes um so nachdrücklicher ein, da sich die Industriekrisis in England verschärft und die Arbeitslosigkeit in beunruhigendem Maße zunimmt. In London allein sind 150 000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Schwierigkeiten besonderer Art erwachsen der englischen Regierung durch die zunehmenden Klagen über die deutsche Konkurrenz. Im Unterhause fanden Kommissionssitzungen statt, die sich mit der Abwehr der deutschen Konkurrenz beschäftigten.

•

Die Entwaffnung hinausgeschoben

• Genf, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps“ meldet: Der Ententekommission in Berlin ist am Weihnachtstag eine neue Entschließung des Botschafterrates zugegangen, die die Frist zur Entwaffnung der Einwohnerwehren Bayerns und Ostpreußens auf den 31. Januar festsetzt.

•

Die Grenzen des Saargebiets

Die Arbeiten der Grenzfestsetzung des Saargebietes sind nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die gesamten Grenzen des Saargebietes sind vor kurzem endgültig festgesetzt worden. Im Laufe der Arbeiten hatten sich grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission über die Auslegung gewisser Bestimmungen des Versailler Vertrages ergeben. Hierdurch war man zu einer längeren Unterbrechung der Arbeiten gekommen. Nach ihrer Wiederaufnahme hat sich nach längeren Verhandlungen schließlich eine für beide Teile befriedigende Lösung finden lassen. Die früheren Meinungsverschiedenheiten sind durch eine zwischen Deutschland und dem Botschafterrate am 16. und 17. d. M. in Form eines Notenaustausches abgeschlossene Vereinbarung, die den beiderseitigen Rechtsstandpunkt wahrt, beseitigt worden. Wie wir hören, wird die Reichsregierung diese Vereinbarung demnächst dem Reichstag zur Genehmigung zugehen lassen.

•

Kiautschou

• Rotterdam, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail“ meldet aus Tokio: Japan hat die Rückgabe der deutschen Besitzung Kiautschou an China auf 1980 festgesetzt, um zu verhindern, daß eine andere Macht in Kiautschou Fuß faßt.

•

Die kraftlosen Friedensverträge

Anläßlich der Debatten der holländischen Zweiten Kammer bezeugte der Minister des Aeußern van Karnebeek seine Zustimmung zu einer Aeußerung Troelstras, der festgestellt hatte, daß die verschiedenen Friedensverträge die Mitglieder des Völkerbundes in keiner Weise binden könnten.

•

Der Schadenersatz für Belgien

Der belgische Finanzminister hat in einer Darlegung vor der Kammer erklärt, Belgien habe an Wiedergutmachung erhalten Maschinen und Rohmaterialien für 2 600 000 000, Kohlen, Farben und andere Produkte für 2 000 000 000 Franken.

•

Die belgische Finanznot

Ueber die belgischen Staatsausgaben sagte der belgische Finanzminister, der Kriegsminister habe eine Herabsetzung der Heeresbedürfnisse um 400 Millionen angekündigt. Die Eisenbahn habe ein Defizit von 822 Millionen. Für die ersten drei Monate im kommenden Jahre verlange die Ernährung einen Zuschuß von 367 Millionen. Die Hilfe für Arbeitslose, die im Jahre 1920 96 Millionen verlangt habe, erfordere im kommenden Jahre immerhin noch 72 Millionen.

•

„Abrüstung“

Die belgische Kammer hat den Gesetzentwurf über Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf zehn Monate mit 146 gegen 11 Stimmen angenommen.

Zur Brüsseler Konferenz

Von unserm △-Korrespondenten

Brüssel, 24. Dezember

Als das wichtigste Ergebnis der bisherigen Konferenzen bezeichnet man in hiesigen politischen Kreisen zwei Zugeständnisse an die deutschen Delegierten; es sind dies erstens die Freigabe der in südamerikanischen Häfen befindlichen Schiffe und zweitens die Milderung der Bestimmungen über die Beschlagnahme des deutschen Eigentums im Auslande. Welche finanziellen Leistungen sich für Deutschland aus den beiden Zugeständnissen ergeben sollen, wird der weitere Verlauf der Sachverständigenkonferenz zeigen. Jedenfalls beweist die Tatsache, daß von den Ententevertretern Konzessionen bezüglich der deutschen Schiffahrt und des deutschen Eigentums in Aussicht gestellt werden, ein bedeutsames Einlenken und die Möglichkeit einer vernünftigen Anpassung der Finanzbestimmungen des Versailler Vertrages an die heutigen Verhältnisse.

Es gilt aber nicht für ausgeschlossen, daß die Alliierten auf Grund der gemachten Zugeständnisse von den Deutschen eine erhöhte Entschädigungssumme fordern werden. Um auf diese Eventualität vorzubereiten, setzten französische Kreise die Meldung in Umlauf, daß man 100 Milliarden Goldmark, auf 30 Jahre verteilt, von Deutschland verlangen werde. Das ist bekanntlich der Betrag, den die deutsche Friedensdelegation in Versailles vorgeschlagen hat, doch unter der Bedingung, daß Deutschland Oberschlesien, einen Teil seiner Kolonien, seine Handelsflotte und das deutsche Eigentum im Ausland behielte. Mit der heutigen Lage Deutschlands steht also die Forderung von 100 Milliarden Goldmark nicht mehr in Uebereinstimmung.

Das Schlagwort der Sachverständigenkonferenz lautet: „Wir dürfen die Geduld nicht verlieren, nur mit gutem Willen läßt sich etwas erreichen!“ Die bisherigen Besprechungen tragen auch den Charakter der Bereitwilligkeit, zu einer Verständigung zu gelangen. Eine Basis für die Verständigung selbst ist jedoch zur Zeit nicht vorhanden. Wir befinden uns im friedlichen Stadium eines Meinungsaustausches über Einzelfragen. Welche Schlüsse die Alliierten aus den Antworten der deutschen Sachverständigen ziehen werden, ist ebensowenig bekannt, wie die Haltung der französischen Regierung gegenüber dem Parlament, das sich mehr und mehr einer Einigung mit Deutschland, im Sinne des Wiederaufbaues der deutschen Industrie, widersetzt.

Von französischer Seite wird angeregt, die Sachverständigenkonferenz in Einzelbesprechungen aufzulösen und später, möglicherweise Mitte Januar, wieder einzuberufen.

•

Deutscher Antrag für Brüssel

• Genf, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps“ meldet aus Brüssel: Die alliierten Delegationen verlassen erst am Montag nach Weihnachten Brüssel. Bei der Abreise der Deutschen am 23. Dezember kam es auf dem Bahnhof zu einer unfreundlichen Kundgebung der belgischen Zivilbevölkerung. Die Deutschen haben vor ihrer Abreise den Antrag gestellt, daß die Alliierten der Brüsseler Konferenz nicht nur beratenden, sondern auch beschließenden Charakter zuerkennen möchten.

Italien und Deutschland

i. Rom, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Epoca“ polemisiert von neuem gegen die deutsche Regierung wegen der Erklärungen des Reichskanzlers, des Außenministers und des Abgeordneten Trimborn gegenüber der Tiroler Abordnung. Das Blatt verlangt eine loyale Erklärung der deutschen Regierung gegenüber Italien und findet die wiederholten öffentlichen Desavouierung des deutschen Botschafters wegen seiner Haltung in der Tiroler Frage unverständlich. Es sei dringend notwendig, daß die deutsche Vertretung in Rom das erforderliche äußere Ansehen zur Erfüllung ihrer delikaten Aufgaben besitze. Sollte Berlin Aenderungen oder eine Abberufung beabsichtigen, so werde man dem neuen Exponenten alldeutscher Ideen mit erhöhtem Mißtrauen entgegentreten.

Neuer Beitrag zum Kinderelend

+ Leobschütz, 27. Dezember. (Eigene Meldung.) Bei den letzten ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder wurden 986 der Kinder als skrofulös veranlagt gefunden. Bei etwa 650 Kindern im schulpflichtigen Alter und bei 300 Kindern im noch nicht schulpflichtigen Alter wurde Unterernährung festgestellt.

•

Die amerikanische Kinderhilfe

d. Berlin, 27. Dezember. (Eigene Meldung.) Der amerikanische Senator Cormick hat von Berlin aus ein Schreiben an den ehemaligen Nahrungsmittelkontrolleur der Vereinigten Staaten Hoover gerichtet, das als Aufruf zur Linderung der Not der europäischen Kinder am Weihnachtsmorgen in der amerikanischen Presse veröffentlicht worden ist. Mac Cormick gibt in diesem Aufruf ein umfassendes Gesamtbild der Eindrücke seiner Europareise und fordert allgemein dazu auf, in jeder Familie für einen abwesenden Gast mit zu decken und die ersparten Beiträge der amerikanischen Kinderhilfe für Europa zuzuweisen. Mac Cormick will am Montag Berlin verlassen, um in Koblenz mit deutschen und interalliierten Persönlichkeiten die Verhältnisse im besetzten Gebiet zu besprechen. Von Koblenz reist der Senator weiter nach Rom.

Die fünf Wunden

In dem Weihnachtskonsistorium hat der Papst von den fünf Wunden der menschlichen Gesellschaft gesprochen: der Leugnung der Autorität, dem Bruderhaß, der Genußsucht, der Arbeitsunlust und dem Vergessen des überirdischen Zieles des Menschen. Das einzige Heilmittel für diese Wunden sei die Rückkehr zum Lichte des Evangeliums, welches daran erinnern wolle, daß alle auf dieser Erde sich als Brüder zu fühlen hätten. So würden die drei ersten Wunden geheilt werden. Und welches bessere Beispiel gegenüber der vierten gäbe es, als das Evangelium, das uns die Werkstatt in Nazareth sehen lasse, damit wir das Recht der Arbeit lieben und begreifen? Dann würde die fünfte Wunde ebenso geheilt werden. Die Rückkehr zum Evangelium tue also not, und der Papst erklärte, mit all seinen Kräften dazu mitarbeiten zu wollen.

Die Krise in Frankreich vertagt

Es ist eingetroffen, was eine uns am Freitag über Genf zugegangene Meldung ankündigte, daß die französische Kammer dem Ministerium Leygues noch eine Schonzeit bewilligen werde, um das provisorische Steuerzwölftel rechtzeitig verabschieden zu können. Daß es sich dabei aber nur um eine Verschiebung der Krise handelt, bestätigt erneut folgende Meldung:

+ Paris, 27. Dezember. (Eig. Meldung.) Der Sturz des Kabinetts Leygues ist durch Bewilligung des Budgetzwölftels mit 511 gegen 64 Stimmen zunächst vermieden und die Kabinettskrisis damit vorläufig beigelegt. Hiermit ist die Absicht verschiedener Kreise, das Kabinett bis zur Beendigung der Senatorenwahlen im Januar im Amt zu belassen, zur Durchführung gelangt.

Am Donnerstag ist es in der französischen Kammer aber noch lebhaft hergegangen. Ministerpräsident Leygues sagte, Deutschland habe Hintergedanken, es führe die Vertragsbestimmungen nicht loyal aus; niemand leugne das, aber trotzdem erfülle Deutschland den Vertrag. Der Ministerpräsident bewies das durch eine Statistik über die zerstörten und abgelieferten Waffen. Deutschland müsse sich später alle Nachforschungen des Völkerbundes gefallen lassen, das habe Tardieu mit Recht betont. Frankreich müsse stark genug sein, um die Ausführung des Friedensvertrages, wenn nötig, zu erzwingen, und um jeden Angriffsversuch niederzuschlagen. Frankreich müsse die Brückenköpfe am Rhein in 15 Jahren aufgeben, aber nur, wenn der Vertrag von Versailles erfüllt sei.

Hier rief André Tardieu dazwischen, daß, da der französisch-englische Schutzvertrag auf Grund des letzten Absatzes des Art. 429 nicht habe in Kraft treten können,

die Besetzung des linken Rheinufers nicht zeitlich begrenzt sei

Leygues sagte nach Meldung der Havasagentur: Sie sehen, welche Mittel wir zur Verfügung haben! Nach dem „Echo de Paris“ aber: Ich danke Herrn Tardieu für diese Aufklärung, die die Aussprache noch klarer macht.

Tardieus Zwischenruf findet jedoch in dem Teil der französischen Presse, der noch klar urteilen kann, Widerspruch. Das „Echo de Paris“ bezeichnet die Erklärung Tardieus und die Aeußerung des Ministerpräsidenten Leygues, daß diese Erklärung eine wünschenswerte Aufklärung der Debatte sei, als eine Illusion. Der betreffende Paragraph nehme keineswegs auf diesen Schutzvertrag Bezug. Auf Grund des von Tardieu angeführten Textes seien weder die amerikanische Regierung noch die englische gehalten, sich der vom Ministerpräsidenten ausgesprochenen Meinung anzuschließen. Schließlich fragt aber das Blatt, ob nicht etwa Clemenceau von Wilson oder Lloyd George geheime Versicherungen erhalten habe.

Man sieht immer deutlicher die Folgen der chauvinistischen Politik, die Tardieu fortsetzen will, für Frankreich selbst. Darum auch die Sorge und Kritik von Blättern, denen „im Siegerkranz“ schon unbehaglich wird, die aber bisher sich von keinem Annexionisten übertreffen ließen. Schließlich legt der Vertrag und nicht der Ausleger, wieso und deutlich die Besetzungsdauer des Rheinlandes eben doch begrenzt ist.

•

Eine vierte Internationale in Frankreich

• Paris, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialistische Partei Frankreichs hat am Freitag ihren Kongreß in Tours begonnen, der notwendigerweise zur Spaltung der bisher einheitlichen Partei führen muß. Die Partei wird sich in eine kommunistische Linke, die auf die dritte Internationale schwört, und in eine sozialistische Rechte teilen, die für die Errichtung einer vierten Internationale eintritt. Führer der erstgenannten werden Cachin, Frossard, Führer der letzteren Paul Renet und Leon Blum sein. Die Einheitlichkeit der Partei ging in Trümmer. Nachdem sie schon während des Krieges von den heftigsten Fehden zerrissen worden war, wird sie nunmehr noch ohnmächtiger und einflußloser werden. Von 4144 Delegierten sprachen sich 3016 für die dritte Internationale aus. Das ist das bisherige Ergebnis des 18. Kongresses der seit 1905 einheitlich gebliebenen Partei.

Für den Oberrhein hatte gesprochen Grumbach, der erklärte, es sei in Frankreich unmöglich, das durchzuführen, was in Rußland durchgeführt worden sei. Man dürfe die Frage der russischen Revolution nicht mit der Zustimmung zu den Grundsätzen Lenins verwechseln. Für den Niederrhein berichtete der ehemalige Reichstagsabgeordnete Weil. In seinem Bezirk hätten 102 Stimmen sich für die dritte Internationale ausgesprochen. Dies sei eine Folge der verhängnisvollen Innen- und Außenpolitik der französischen Regierung.

Hallersoldaten in Oberschlesien

+ Schoppinitz, 27. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In Roßdzin-Schoppinitz halten sich seit den letzten Tagen auffallend viel Hallersoldaten auf. Diese Soldaten waren zur Aufrechterhaltung der Ordnung aus Czenstochau in Polen nach Sosnowice beordert worden. Jedoch hatten es viele von ihnen vorgezogen, nach dem oberschlesischen Industriebezirk zu verschwinden. Hier bedeuten sie naturgemäß eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Es wäre Pflicht der interalliierten Kommission, für die Ausweisung der Hallersoldaten und für eine schärfere Absperrung der Grenzen nach Polen Sorge zu tragen.

Polenmark und Annexionismus

Von unserm Sonderberichterstatter

Warschau, 23. Dezember

Eine deutsche Zeitung hat sich gedrungen gefühlt, angesichts des dauernden Kursfalles der polnischen Mark die Frage aufzuwerfen, inwiefern etwa bewußte deutsche Einflüsse hinter dieser Erscheinung stecken könnten. Und da diese Zeitung in Danzig erscheint, man in dieser Stadt aber von der immer weitergehenden Entwertung der hell- und dunkelgrauen Kosciuszkohunderter sozusagen ins Aschgraue Nachteile für den ohnedies mehr verheißenen, als bereits effektiven polnischen Handel der Freien Stadt befürchtet, so beschwor der besorgte Artikelschreiber die deutschen Banken, abzulassen vom grausamen Spiel und die arme Polenmark leben zu lassen.

Die arme Polenmark, freilich geht es ihr schlecht. Wenn man bedenkt, daß sie im Frühjahr noch einige 60 Pfennige galt, im Sommer, selbst in der Zeit, als es an der Bolschewistenfront schlimm genug stand, immer noch über 20, im Oktober, als Dombski seinen Rigaer Präliminarfrieden nach Hause bringen konnte, sogar wieder 26, und heute? 12, sogar nur 11½ und 11 notieren Berlin und Danzig; an den schwarzen Börsen in Warschau aber bot man schon manchen Tag gut und gern zehn „Zuschken“ für einen „Grünen“*). Und es wird noch ganz anders kommen, hört man die Eingeweihten raunen.

Im Grunde genommen hat dies nicht nur geraunt, sondern offen eingestanden einer, der eigentlich auch eingeweiht sein sollte, nämlich der polnische Finanzminister Steczkowski. Nachdem sein Vorgänger Grabski, unter dessen Fürsorge die Polenmark jene ganze, oben charakterisierte Kurve durchlaufen, sich für eine Muße mit Würde reif fühlte, hat man in seiner Not einen „Kompromittierten“ berufen — vielleicht würde dieser helfen können. Kompromittiert war Steczkowski bislang deswegen, weil er seiner Zeit „Aktivist“ gewesen, d. h. zur Zeit der deutschen Okkupation an der damaligen polnischen Regierung teilgenommen, ja, sie zeitweilig, vom Frühling bis Herbst 1918, sogar als Ministerpräsident geleitet hatte. Bisher hatte man deswegen nichts von ihm wissen wollen. Und es ist bezeichnend, wie schwül einem hier bereits zumute ist, wenn man sich selbst der germanophoben Parteiränke gegen die „Aktivisten“ entschlägt.

Steczkowski hat die Staatswirtschaftskunst, die den Karren glücklich so weit hineingefahren, denn auch seinerzeit nicht geschont und die Dinge beim Namen genannt. Ungeschulte Beamte, eine zügellose Ausgabenwirtschaft, Zustände, die in einem rechtlich verwalteten Staat undenkbar wären, der Mangel elementarer Rechtsbegriffe, kein Vertrauen beim ausländischen Kapital, überhaupt kein moralischer Kredit draußen, das war das Resümee, das der neue Mann zu ziehen sich genötigt sah. „Unsre Läden aber“, so führte er im besonderen vor Warschauer Vertretern aus, „waren nie überfüllter mit Luxuswaren als heute. Wir importieren zwanzig (!) mal mehr als wir ausführen.“ In der Tat, wo soll da die Besserung herkommen? Ob selbst Steczkowski, bei aller Anerkennung seiner Fachkenntnisse und seines ernsten Wollens, das Faß der Danaiden wird zu füllen vermögen, steht dahin.

Man brauchte im übrigen nur ihn zu hören, um das eingangs erwähnte Danziger Blatt an die rechte Adresse zu weisen. In der Tat, es ist müßig, nach irgendwelchen künstlichen Ursachen zu spüren, die die Kosciuszkomark ruiniert haben sollten. In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne. Eine Volkswirtschaft, die nicht produziert, eine Nation, die nicht zum Arbeiten kommt, ein Staat, dessen Leiter Kriegsabenteuern nachjagen, dessen Aemter korrumpiert sind, in dem jedermann verbraucht und niemand Werte schafft, die können alle zusammen auch nur ein Geld haben, das nichts taugt.

Und nun erwäge man angesichts dieser Tatsache die Sehnsuchtsgefühle nach einer Einverleibung in Polen, die in den zwischen Litauen und Polen, in natürlich verstärktem Maße, aber etwa in dem zwischen Deutschland und Polen strittigen Gebiete (Oberschlesien) herrschen müssen. In Genf, beim noch nicht ganz entschwebten Weihrauch der Wilsoniden, vor dem Völkerbundtribunal plädiert sich's trefflich und herrlich mit ethnographischen Statistiken und dort redet sich's ergreifend vom Drang nach nationaler Selbstbestimmung, die angeblich sogar die Brust des weißrussischen Bauern bei Wilna, Grodno, Lida unter dem Schafspelze bewegt. Redet und schreibt von ihm, was ihr wollt, meine Herren, der Bauer von Lida wird euch nicht widersprechen, denn da er weder schreiben noch lesen kann, so kann er auch eure herrlichen Plaidoyers über seine Selbstbestimmung nicht lesen. Aber eines versteht er wohl: es gibt eine Art Geld, davon legt man in der Stadt beim Kaufmann einen Hunderter hin und der gibt dafür bereitwillig seine Ware, das ist die in Litauen umlaufende Ostmark, die pari mit der deutschen Reichsmark steht; und es gibt ein anderes Geld, davon mag man einen Tausender hinlegen und er wird mit sauerem Gesicht genommen werden, das ist die polnische Mark. Wenn aber der Pole Herr im Lande wird, so erklärt er — genau wie er es in Posen und Pommerellen getan, was im ganzen Osten ruchbar geworden ist — alles gute Geld auf den Banken ist meins und das schlechte Geld, das ich dafür gebe, ist deins. Das versteht aber auch der Bauer im Schafspelz und das hat er ja auch bereits vor Augen, denn Herr Zeligowski in Wilna mußte mit Zwangskursen und ähnlichen Dingen schon das Vorspiel zu liefern. So stehen diese Dinge. Ist es nötig, für Oberschlesien die Nutzanwendung zu ziehen? Ich glaube, es ist nicht nötig. Denn was der Bauer von Lida versteht, dürfte auch dem oberschlesischen Bergmann, Landmann und Bürger nicht lateinisch sein.

Polen treibt viel Propaganda im Ausland und, man muß sagen: geschickte Propaganda. Wenn man den höflichen, sprachenkundigen beredten Herren in Paris, London, Genf begegnet, so möchte man ihnen manchmal, wenn sie vom trefflichen

*) „Zuschken“ von Zuski, nämlich Zosel Pilsudski, dem polnischen Staatschef. „Grüne“ heißen die deutschen Banknoten und Tapetenbanknoten grüner Aufdrucke nach dem in grüner Farbe früher in einem Kreis aufgedruckten Stempel „Reichsbank-Hauptkasse“.